

Bundesversammlung

Assemblée fédérale

Assemblea federale

Assamblea federala



Unser Parlament

Dass gerade ich zu einem Parlamentsbesuch nach Bern eingeladen wurde, hat mich erstaunt. Seitdem man die apokalyptischen Prognosen, die in Bern für die Randregionen gemacht werden, lesen kann, muss man aufpassen. Ist das ein Faktor einer raffinierten publizistischen Strategie? Soll ich im "Sternen" erzählen, wie schön es wäre, in dem Ort zu leben, das Agglomeration genannt wird? Auf alle Fälle komme ich mir vor wie ein Exote und bin überrascht, dass ich in Bern nicht wie ein sogenannter "Aborigine" aus Australien empfangen werde. Weiss man überhaupt, dass es uns Rätoromanen noch gibt? Hat einer Ihrer Vorgesetzten kürzlich – anlässlich einer Wahl in die Bundeskanzlei – die Existenz der Rätoromanen als Bestandteil der Schweizerischen Eidgenossenschaft nicht verleugnet? Er will auch nichts wissen von einem Sprachengesetz (in diesem Punkt haben ihn unsere Parlamentarier in die Schranken gewiesen!). Den Rätoromanen auch noch zusätzliche Beiträge zu gewähren, damit ihre Existenz gewahrt bleibe, davon kann keine Rede sein! Wieviel ist das Rätoromanische der Schweiz Wert? Nur wenig mehr als 4 Millionen? Auch diese Frage begleitet mich auf meinem Besuch ins Bundeshaus. Selbstverständlich haben wir erfahren, dass die öffentlichen Kassen leer sind. Aber denken wir nur an das Gold der Nationalbank oder an die Millionen, die eingesetzt wurden, um die Swissair langsamer sterben zu lassen. Kurzum, die Gelddiskussion ist mir zur Genüge bekannt: Auch bei uns in Graubünden haben wir mehr als 100 Sparmassnahmen angenommen, um dann zu erfahren, dass die Finanzlage alles andere als katastrophal ist. In welchem Verhältnis steht eigentlich der politische Diskurs zur gesellschaftlichen Realität?

Verunsichert war ich, als ich in der rätoromanischen Tageszeitung "Quotidiana" las, dass das Parlament auf Reisen gehen möchte, und zwar gerade nach Romanischbünden. Am Stammtisch wurde dann die Sache besprochen: "Es scheint zumindest, dass man in Bern wisse, dass es vier Sprachregionen gibt. Man möchte nämlich beweisen, wie nahe und wie solidarisch man sich der Bevölkerung fühlt", startet Gionin. "Sie fühlen sich vom Volk nicht mehr verstanden, und wollen Sympathien gewinnen", fährt Andri fort, während Fadri, unser Philosoph kurz und bündig schliesst: "Sie sind mit dem Virus einer Reise- und Lügengesellschaft angesteckt". Der Wirt greift ein mit: "Hier zeigt sich der Erfolg der Tourismuswerbung: Das "Heimat Feeling" reicht bis nach Bern". Die neueste Theorie ist diejenige meines Freundes Gion: "Sie kommen nach Graubünden, um sich einmal mit eigenen Augen eines jener Löcher anzuschauen, die sie mit Millionen zu schaufeln!"

Kurzum, eine erste schöne Überraschung erwartete mich bei meiner Ankunft in Bern: Nicht nur die bündnerischen Steine, die den Bundesplatz formen und die Wasserfontainen mit ihrer Symbolik, nicht nur das mächtige Auftreten des Bundeshauses, nein, am Eingang grüsst mich dieses Haus in meiner rätoromanischen Sprache! Man weiss es also gut genug, dass wir Rätoromanen existieren.



Ich habe mich auf meinem Besuch vorbereitet, und in letzter Zeit neben der Quotidiana auch die NZZ gelesen. Die interessantesten Artikel habe ich aufbewahrt. Wie zum Beispiel diese Bemerkung unter der Rubrik "Forschung und Technik": Können gewisse Vertreter der Vitamin-E-Familie Herzkrankheiten und Krebs vorbeugen? Diese Aussage stützte sich auf Untersuchungen und Versuche der 90-er Jahre. Langzeitstudien haben aber gezeigt, dass diese vorbeugende Wirkung sich nicht nachweisen lässt. Wie steht es um die vorbeugende Wirkung politischer Entscheide, habe ich mich anschliessend gefragt. Treten auch hier Schwierigkeiten auf, die vorbeugende Wirkung nachzuweisen; ist man auch hier, wie in der Wissenschaft, "perplex". Die parlamentarische Demokratie hat eine aufschiebende Wirkung. Je länger, je mehr gleicht sie einem Nacheilen der Wirklichkeit. Die Geschäfte von gestern müssen erledigt werden, diejenigen von heute brodeln in der Verwaltung bis sie hinüber sind, und diejenigen von morgen verpuffen sich in einem rhetorischen Rauch.

Oder in derselben Ausgabe, dieser Vers, der mich in lautes Lachen ausbrechen liess. "Nachdem der Ratsherr Schang / bisher soviel wie nichts verrichtet / fühlt er sich jä zur Tat gedrängt, genötigt und verpflichtet / Die Tat, das heisst sein Tatendrang, soll ruchbar werden im Kantönchen / und folgerichtig sucht der Schang / Motive für sein Motiönchen / Ein populäres muss es sein / Schang ist um das Motiv verlegen / doch fällt ihm sicher eines ein / genau wie seinem Ratskollegen" (Bö). Man sieht, dass unsere Parlamentarier arbeiten! Fleissig sind sie! Mir fällt ein, dass sich einer von ihnen kürzlich Sorgen darüber machte, dass im eidgenössischen Staatskalender bei der Sprachbezeichnung kein "r" steht; somit gibt es keine rätoromanischen Staatsangestellten. Ein anderer (übrigens auch einer, der will, dass der Staat aufhöre sich überall einzumischen) fragt, was der Staat beabsichtige zu tun, um den Nationalstolz und die schweizerische Identität bei unserer Jugend zu fördern. Und auch diese Frage landet auf dem Haufen von über 600 Vorstössen, die der Bundesrat noch nicht bearbeitet hat. Interessant: 1976 wurden 396 parlamentarische Vorstösse gezählt, 2003 1058, während die Anzahl Botschaften zu Gesetzen und Berichten mehr oder weniger unverändert blieb. Parlamentarische Beschäftigungstherapie oder ernsthafter Arbeitsnachweis? Wenn diese persönlichen Vorstösse behandelt werden, kann man – wie mir ein in Uniform herumrennender Weibel verraten hat – von Glück reden, wenn der Antragsteller überhaupt noch im Saal ist.

Wenn ich durch die Säle schlendere, fallen mir die Zeitungsberge auf. Um Himmels willen, woher nehmen unsere Parlamentarier die Zeit, um alles lesen zu können; reicht ihnen die Zeit noch, um sich auf die ernstesten Fragen vorbereiten zu können?

Auf alle Fälle erkundige ich mich bei der Dokumentation. Ich erinnere mich an den schwarzen Tag, vielleicht weil gerade Sankt Nikolaus gewesen war, also an den Dezember 1992. Ein Schrecken war durch's Land gefahren. Eine Schweiz, die auseinander fällt! Der Graben zwischen der französischen Sprachgemeinschaft und der Deutschen, so gross wie noch nie! Nachträglich waren die Zeitungen voll mit Titeln wie "der Graben wächst", "der Zusammenhalt zwischen den Sprachgemeinschaften ist dringend", "die nationale Grundlage ist in Gefahr". Und dann brach eine Lawine von Vorstössen aus. Die Parlamentarier machten sich grosse Sorgen. Es wurde eine Kommission einberufen, die den Auftrag hatte, ein Konzept für die Förderung der Verständigung zwischen den Sprachgemeinschaften der Schweiz auszuarbeiten. Ich wollte wissen, was bis heute geschehen ist, mehr als zwölf Jahre später. Ich habe mich beim Weibel erkundigt. Er schickte mich durch die Stadt bis ich in einem jener Nester der Verwaltung landete, wo Gesetze und Verordnungen ausgebrütet werden. Eines



der wenigen rätoromanischen Angestellten hat mir die Tonnen Papier gezeigt, die bis heute produziert wurden: Berichte, Stellungnahmen, Protokolle, Gesetzesentwürfe, Vernehmlassungen. Bis heute mit dem Resultat einer glatten Null. Kompetenzstreitigkeiten zwischen dem Bund und den Kantonen. Die Kantone hätten es am liebsten, wenn der Staat nichts anderes tun würde, als das Geld zu verteilen. Der Bund möchte sich das Recht vorbehalten, auch noch ein Wort mireden zu dürfen. Und die Schlussfolgerung der zwölf Jahre ist ein rhetorisches Blabla: Um den "nationalen Zusammenhalt" wieder herzustellen – so tönt es heute von verschiedenen Seiten – braucht es nicht Geld, es genügt der gute Wille. Von einem weisen Mann habe ich irgendwo gelesen, dass es manchmal genüge, viel zu reden, dass dies auch eine Art sei, Probleme zu lösen. Onkel Men würde lakonisch bemerken: Dass man vom vielen Rauch um nichts, nicht satt würde. Kurz und gut: Vielleicht haben die Parlamentarier, bis sie nach Graubünden kommen, doch noch das Feigenblatt gefunden, um ihre Unwirksamkeit zu verbergen.

Mein Kollege im bündnerischen Parlament, Bistgaun vom Oberland, hatte mir einen anderen Floh ins Ohr gesetzt, und ich versprach ihm anlässlich der nächsten Grossratssession in Chur darüber ausführlich zu berichten. Was geschieht mit der Revision des Betäubungsmittelgesetzes? Ob ich seine "Meinung" wissen wolle: Dadurch, dass man nichts mache, erlange man die beste vorbeugende Wirkung; etwas verändern, bedeute, es verschlimmern. Übrigens, ein ähnlicher Satz hatte mein Vater aus einem Buch kopiert und an die Wand geheftet: "Eine Behinderung für die Schweiz in einem vereinten Europa wäre, dass sie auf die Vergangenheit fixiert ist." Die Fortsetzung folgte dann in der Originalsprache des Buches: "Ihr Anspruch, ein Vorbild für die ganze Welt zu sein; der Hochmut und das Ressentiment allem Fremden gegenüber; eine absolute Geringschätzung von geistigen Leistungen und das Vorherrschen einer rein merkantilen, auf kleinliche Sparsamkeit ausgerichtete Gesinnung". Darunter der Hinweis: Graf Hermann Keyserling, "Das Spektrum Europas", 1928!!! Der einzige Kommentar meines Vaters waren die drei Ausrufezeichen. Siehe da: Die zuständigen Verwaltungsangestellten haben mir mit allen "Wenn und Aber" und mit allen "Warum und Wieso" Auskunft gegeben. Auch hier Papierberge, ernsthafte Debattierstunden mit Protokollen und mit allem, was dazu gehört. Das Ergebnis: Wenn es die präventive Absicht meines Bündner Kollegen ist, weiterzuschlafen, dann ist es genau das, was die Bundesparlamentarier getan haben, und zwar mit grossem "Ach und Krach". "Die demokratischen Institutionen gleichen heute mehr einer Reparaturwerkstatt", sagt Enzensberger, und ich schliesse: "Es wäre schön, wenn wenigstens das wahr wäre".

Auf der Tribüne kann man am Besten beobachten, wie Politik in unserem Land gemacht wird. "Hier bietet sich die einzige Gelegenheit, auf unsere gewählte Parlamentarier herunterzublicken", sagte Fadri mit einem gemeinen Lächeln. Neben dem Bärengraben hätte diese Ansicht des Parlaments der Gipfel meines Besuches sein sollen. In meinem Ohr klangen noch die Leviten nach, die vor einiger Zeit unserer Kulturstiftung wegen einem Künstler und wegen etwas mehr als 100 000 Franken, gelesen wurden. Es war tatsächlich so, als ob es um die Existenz unseres Landes gehen würde. Es wurde alle Schande gesagt, und zwar zu Recht, darüber waren wir uns am Stammtisch im Klaren. Aber heute, was für eine Enttäuschung: Im Saal nur ein knappes Dutzend, einer redet und keiner hört zu. Ich verlasse diesen Ort und begeben mich ins parlamentarische Foyer. Hier fließt das Leben, es ist so, als ob man einen Ameisenhaufen betreten würde. Grössere und kleinere Gruppen, wer sitzt, wer gibt dem Fernsehen oder – siehe da unser Nationalrat und Nationalskifahrer – dem Radio rumantsch ein Interview. Offensichtlich beantworten alle ernste Fragen: "Ein Viertel unserer



Gesetze werden uns von der Europäischen Gemeinschaft diktiert, ohne von den Konventionen und Regelungen anderer internationalen Einrichtungen reden zu wollen." "Gegen den Willen der Kantone geht in diesem Land nichts", sagt ein anderer. In einer Gruppe entdeckte ich denjenigen, den wir in Graubünden den Berufslobbyisten nennen. Er verteilt Blätter zur Anpreisung der Alternativenergie. "Du solltest sehen, wie die Vertreter der Industrie handeln, wenn sie Geschäfte mit China machen wollen. Da werden andere Saiten aufgezogen. Eigentlich sind wir diejenigen, die Politik machen; die Kunst ist es, sie auf solche Weise zu machen, dass die Parlamentarier nichts merken". Das wäre schön, wenn mir nicht die 100 000 Franken einfielen, die ein Abgeordneter erhält, weil er zwei Mal im Jahr einer grossen Schweizer Bank sein Ohr leiht. "Ja, ja, aber verglichen mit anderen Ländern sind das nur Lappalien", antwortet er und wendet sich seinem nächsten Opfer zu. Die Frage, die sich mir aufdrängt: Wie sollten wir, die wir sie wählen, realisieren was hier vorgeht! Die Frage, wer überhaupt dieses Land regiert, will mir nicht mehr aus dem Kopf. Ein Ständerat hatte anlässlich seiner Amtsniederlegung geäussert: "Das Parlament kann sich heute mit einer Operette vergleichen. Er kritisiert, akzeptiert und kommentiert – mit mehr oder weniger Professionalität – die Tatsachen, die die Wirtschaft schon lange entschieden hat". Typisch, dass dieser Anspruch von einem Professor stammt. Ein Grund dafür, dass das bündnerische Parlament den Numerus Clausus bereits an den Mittelschulen eingeführt hat.

Fast mit ein wenig Wehmut denke ich an das Bündner Parlament. Der Saal ist mehr oder weniger voll; alle hören zu oder tun wenigstens so. Man weiss, wo jeder sitzt und wie er wählt. Nur bei den Anfängern kann man manchmal beobachten, wie ein Abgeordneter im falschen Augenblick sich erhebt oder wie er sich wendet, um zu sehen, ob die Anderen seiner Partei sich auch zur Abstimmung erheben. Aber Disziplin und eine harte Haut, wenigstens am hinteren Körperteil, sind doch noch geschätzte Tugenden.

Eine andere Frage stellte ich mir, bevor ich die Sonntagsschuhe und das Hochzeitsjackett anzog, damit ich in der Hauptstadt einen guten Eindruck mache. Sind die Regierung und das Parlament tatsächlich die Volksvertretung? Früher hätte eine solche Frage gereicht, um eine Fahrkarte nach "Moskau einfach" zu bekommen, aber gewisse Tatsachen geben mir zu denken. In der Schweiz und auch bei uns in Graubünden – schliesslich bin auch ich eines jener Würdenträger aus dem Kantonsparlament – haben wir einige politische Ereignisse erlebt, in denen sowohl die Regierung als auch das Parlament vollkommen neben den Schuhen standen. Das bedeutet: Die Volksabstimmung hat die beinahe einstimmig gefällte Beschlüsse der vom gleichen Volk gewählten Behörden widerrufen. Wer vertritt in solchen Fällen wen? Nach seiner Kritik gegenüber dem Parlament und der Regierung setzt Enzensberger seine Hoffnung auf die "Bürgergesellschaft". Bürger mit konkreten und aktuellen Problemen vereinen sich, sammeln Unterschriften und zwingen die politische Maschinerie zu reagieren, Gegenvorschläge auszuarbeiten und sich mit der Frage zu befassen. Von der Alpeninitiative über die Olympischen Spiele bis hin zur Kontingentierung von Zweitwohnungen in der Region. Kann es sein, dass das politische Korsett unserer Parteien, das aus dem 19. Jahrhundert stammt, es verhindert, dass man zusammen nach Lösungen sucht? Eine repräsentative Umfrage der UNO hat gezeigt, dass nur gerade ein Drittel der Bevölkerung sich durch die Regierung und das Parlament vertreten fühlt. Sind die Volksvertreter nur mehr Vertreter einer Minderheit? Hier würde eine längere und lebhaftere Diskussion mit Barbla, der Hexe, beginnen. So nennen wir sie in unserem Dorf. Viele bereuen noch heute den Tag, an welchem ihr die politischen Rechte verliehen wurden. Sie hebt das hervor, was wir unsererseits als natürliches Erbe unserer Vorfahren betrachten: "Wo sind die Frauen?" Ich muss gestehen: Vielen



bin ich in Bern nicht begegnet, und auch in Chur gibt es kaum mehr Frauen als Sozis. Und wer nimmt sich der Sozis an? Sie müssen sich nämlich bei fast jeder Abstimmung eine einstecken lassen. Ich sehe bereits, wie Barbla mir meine sexistische Schreibweise dieses Artikels vorhalten wird.

Zurück zum Thema: Es ist klar und deutlich, dass jeder am Schluss Recht haben will. Das gilt auch für die Politik. Einerseits haben wir das Volk mit den Waffen der Initiative und des Referendums, andererseits das Parlament und die Regierung mit ihren Machtdemonstrationsmitteln. Je glücklicher das Volk, je weniger muss er von seinen Waffen Gebrauch machen. Je näher das Parlament dem Volk ist, je mehr müsste er auf das Volk hören. Das klingt doch logisch. Warum aber immer mehr Initiativen und Referenden und warum immer mehr NEIN-Stimmen mit oder ohne Parlamentsvorschläge? Das muss ein Kommunikationsfehler sein, würde Linard, der Elektromonteur, sagen.

Eines Tages kam unser Philosoph mit einer abstrusen Theorie hervor: In der Politik gibt es nur ein Thema. Das ist das Thema der Macht. Bis das Machtspiel nicht unterbrochen werden kann, kommen wir nicht zu einer Demokratie – zur Volksmacht. Ja, wir haben gewisse Instrumente entwickelt, um die Machtgefahr zu verkleinern, wie zum Beispiel die Amtszeitbegrenzung. Diese könnte als nächster Schritt auf unser Parlament ausgeweitet werden. Den Schlüssel hatten die Alten Griechen gefunden: In Athen wurde unter den (männlichen) Bürgern das Los gezogen; diejenigen die Glück (oder Pech) hatten, durften (oder mussten) für die nächsten Paar Jahre die Geschicke der Stadt leiten. Dass diesselben ein zweites Mal die Chace hätten, gewählt zu werden, war höchst unwahrscheinlich. So konnten sie ruhig die Stadt regieren, ohne bereits Pläne für ihre politische Laufbahn schmieden zu müssen und ohne von den nächsten Wahlen Angst haben zu müssen. "Ja, mit Hannes Unkraut als Gemeindepräsident". Mit diesem Kommentar wurden die Diskussion und das Thema abgeschlossen.

Ein anderes Thema das mich brennend interessiert, ist Europa. Ein Thema, das jeden zweiten Tag zur Diskussion steht. Dabei lässt uns unsere Politik tüchtig im Stich. Ich habe wohl bemerkt, dass das Bundeshaus von Wilhelm Tell geprägt ist, und dass es die glorreiche Geschichte vergangener Zeiten heraufbeschwört. Von einem Henri Dunant aber, keine Spur. Während man überall in Europa darüber redet, eine neue Grundlage für diesen Kontinenten zu schaffen, schweigt die Schweiz. Meine Partner im Foyer – von rechts bis links – schliessen Augen und Ohren. Wir können/wollen/dürfen/wagen nicht, nichts zu machen. Kürzlich hat ein junger Mann aus Tarasp in seiner Dissertation nachgewiesen, dass die Schweiz nach dem zweiten Weltkrieg sehr grosse Mühe bekundet hat, sich auf internationaler Ebene für die Menschenrechte einzusetzen, dem Europarat beizutreten und erst recht sich anderen internationalen Institutionen anzugliedern. Während ich dachte, dass das Parlament eine Rolle als politischer Leader übernehmen sollte, scheint es mir, dass Gilles Petitpierre, ein anderer schweizer Parlamentarier, immer noch Recht hat, wenn er 1998 analysiert, dass das Parlament durch die Angst, dass das Volk seinen Vorschlägen nicht Folge leiste, es konsequenterweise nicht mehr wage, die Fragen der Zukunft zu behandeln und noch weniger sie dem Volk zu unterbreiten. Das Parlament tue alles, damit das Volk sich nicht aufrege – also nichts. Keine Debatten über Grundsatzfragen und über die Zukunft der Demokratie, nur noch Verwaltung der Interessen. Und dass sie in diesem Bereich eigene Herren und Meister seien. Europa nur als Verwaltungsproblem, mit Gewinn- und Verlustrechnung. Die Vision Europa als politische Herausforderung, die uns alle angeht – das interessiert uns nicht. Sobald



die anderen das Gericht zubereitet haben werden, werden auch wir uns entscheiden. Vorläufig trösten wir uns mit Wilhelm Tell.

Tante Nina hatte mir empfohlen: "Sei nur nicht zu kritisch. Sie versuchen doch auch, das Beste zu geben. Schliesslich sind wir es, die sie gewählt haben. Denk dann an die AHV, an die Krankenversicherung und an unsren guten Zivilschutzkeller". "Ja", murme ich zu mir selber und ganz leise, um ihr nicht gänzlich beizupflichten, "aber eine richtige Wahl haben wir nie gehabt". Mühe die Rosinen aus dem Kuchen zu picken, habe ich keine: "Ein wertvolles Vorhaben mit langfristigen Wirkungen war sicherlich der Bau des Vereinatunnels". "Ja mein Lieber, das ist wahr und vielleicht ist die Porta Alpina das zweite bündnerische Werk!" Und dann: "Das ganze Geld den Bauern, dem Tourismus, und für die Kultur bleibt auch noch etwas übrig!"

Das stimmt. Wir haben das Parlament, das wir verdienen. Er sorgt dafür, dass alles seinen Lauf nimmt, langsam, aber gesund. Und wenn wir manchmal dem Zeittrend etwas hinten drein hinken, können wir noch immer Hoffnung haben, die Ersten zu sein, wenn der Trend umschlägt. Die Politik bleibt also, wie die Liebe, ein heikles Geschäft, und ich wie "der Esel zwischen den zwei Heustöcken" nicht wissend, was gut für mich ist, aber in der Hoffnung, dass es mir nicht wie dem armen Teufel im Lied von Men Rauch gehe, der am Schluss wie ein Dummerjan übrig bleibt, sowohl von der einen, wie von der anderen Seite enttäuscht. Könnte dies der Kern der Weisheit unserer Demokratie sein: Das Malaise optimal auf alle Teilnehmer der menschlichen Komödie verteilen, zu der auch die Politik gehört?

Solch tiefsinnige Überlegungen beschäftigen mich auf meiner Heimreise. Ich hebe mein Weinglas, und freue mich meinen Stammtischkollegen erzählen zu dürfen: Nun, Bern ist eine schöne Stadt! Aber da gibt es noch andere Saiten, die niemandem etwas angehen.

Romedi Arquint, geboren am 27 März 1943, nach dem Theologiestudium Pfarrer in Bivio und Religionslehrer am Lyceum Alpinum in Zuoz und an der Evangelischen Mittelschule in Samedan, von 1983 – 1991 wissenschaftlicher Adjunkt beim Bundesamt für Kultur, regionaler Mitarbeiter der Lia Rumantscha, Leiter der Fachstelle für Religionsunterricht der evangelisch-reformierten Landeskirche Graubünden. Präsident der Lia rumantscha 1976 – 1983, seit 1995 Abgeordneter des Bündner Grossen Rats und Präsident der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen. Verheiratet, Vater und Grossvater.